

Berlin aktuell

Die Woche im Bundestag

17. Wahlperiode

Abgeordneten-Büro Berlin:

Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

Tel.: 030/227/72542 • Fax: 030/227/70132

E-Mail: thomas.strobl@bundestag.de

Internet: www.thomas-strobl.de

Abgeordneten-Büro Heilbronn:

Badstraße 14 • 74072 Heilbronn

Tel.: 07131/9824215 • Fax: 07131/9824216

E-Mail: thomas.strobl@wk.bundestag.de

Internet: www.thomas-strobl.de

Thema der Woche Thema der Woche Thema der Woche Thema der Woche Thema der Woche

Solide Staatsfinanzen

Bundeskabinett verabschiedete Haushaltsentwurf für 2011

Das Bundeskabinett hat in dieser Woche den Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 2011 und den Finanzplan bis zum Jahr 2014 verabschiedet. Demnach werden die Ausgaben des Bundes von 319,5 Milliarden Euro in 2010 über 307,4 Milliarden in 2011 auf 301 Milliarden Euro in 2012 sinken.

2013 und 2014 werden sie dann auf dem Niveau von 2012, also bei ca. 301 Milliarden Euro, gehalten. Fast noch wichtiger ist allerdings, dass die Nettokreditaufnahme deutlich zurückgeführt und sie bis zum Ende des Finanzplanungszeitraums mehr als halbiert wird.

In konkreten Zahlen ausgedrückt bedeutet das: Die Nettokreditaufnahme wird 2011 57,5 Milliarden Euro betragen. 2012 wird sie sich auf 40,1 Milliarden Euro belaufen. Danach sinkt sie auf 31,6 Milliarden Euro im Jahr 2013 und auf 24,1 Milliarden Euro im Jahr 2014.

Heute ist absehbar, dass sich der Haushaltsvollzug 2010 günstiger gestaltet, als die Bundesregierung es noch vor kurzem annehmen musste. Das bedeutet allerdings nicht, dass durch diese positive Entwicklung zusätzlicher Spielraum für Steuersenkungen oder Ausgabenerhöhungen entstünde.

Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble warnte in diesem Zusammenhang eindringlich davor, in der sich verstärkenden konjunkturellen Erholung den Fehler zu wiederholen, der in den letzten Jahrzehnten zum dramatischen Anstieg des Verschuldungsniveaus geführt habe, nämlich aufgrund konjunktureller, also temporärer Mehreinnahmen strukturelle, also dauerhafte Mehrausgaben zu beschließen. Dies führe im nächsten Abschwung geradewegs in eine noch höhere Verschuldung.



Christlich-liberale Finanzpolitik erschöpfe sich nicht darin, dass man in der Krise Schulden mache, um die Konjunktur wieder anzukurbeln, sondern bedeute, dass man nach der Krise im Aufschwung die Schulden wieder abbaue - was in den zurückliegenden Jahrzehnten aber in dieser Symmetrie nicht funktioniert habe. Diese Symmetrie wieder herzustellen sei das Ziel der Schuldenbremse.

Die Schuldenbremse sei eine intelligente, konjunkturgerechte Regelung, die die konjunkturbedingten Einnahmen- und Ausgabenschwankungen bei der Ermittlung des zulässigen Haushaltsdefizits berücksichtige, aber nur einen geringen strukturellen Verschuldungsspielraum in Höhe von 0,35 Prozent des BIP zugestehe, betonte der Minister in dieser Woche anlässlich der Entscheidung des Bundeskabinetts.

Mit der Schuldenbremse wird eine grundlegende Schwäche der bisherigen Schuldenregel im Grundgesetz, die in guten Zeiten keinen wirksamen Konsolidierungsdruck ausübte, behoben. Um die Schuldenbremse ab 2016 einzuhalten, ist vom Grundgesetz ein gleichmäßiger Abbaupfad für das strukturelle Haushaltsdefizit ab 2011 vorgegeben. Ausgangspunkt für diesen Abbaupfad ist das strukturelle Defizit im Jahr 2010.



Durch die eingeleiteten Maßnahmen wird es gelingen, das strukturelle Defizit jährlich um die erforderlichen rund 7,5 Milliarden Euro zurückzuführen. Es gibt für Deutschland nur einen richtigen Weg: Durch maßvolle Haushaltsdisziplin nachhaltiges Wachstum zu ermöglichen. Diesen Weg geht die Bundesregierung: Durch Konsolidierung auf der Ausgabenseite wird nachhaltig gehandelt. Das bringt deutlich bessere Wachstumsaussichten als Konsolidieren über die Einnahmenseite, zum Beispiel über Steuererhöhungen. Wachstumspotenziale für die Zukunft werden gestärkt, indem Investitionen in Bildung und Forschung - trotz Konsolidierungsdruck - erhalten beziehungsweise noch ausgebaut werden. Denn dies sind die Schlüsselbereiche für die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft.

Die zentralen Ursachen von Finanzmarktkrisen werden durch robustere Eigenkapital- und Liquiditätsregeln, klügere Anreizsysteme und eine durchschlagskräftigere Finanzmarktaufsicht bekämpft, damit die Finanzmärkte die Realwirtschaft nicht mehr derart gefährden können und die Steuerzahler nicht mehr derart in die Pflicht genommen werden wie in den letzten drei Jahren.

PARLAMENTSREDE VON THOMAS STROBL:

In seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Ersten Ausschusses konnte Thomas Strobl am Donnerstag das Ergebnis der Wahlprüfung zur Europawahl 2009 bekannt geben. Diese Wahlprüfung, die üblicherweise wegen der obwaltenden Sorgfalt knapp 12 Monate dauert, oblag seinem Ausschuss und ergab, dass keine ergebnisrelevanten Wahlfehler passiert und die Einsprüche gegen den Urnengang substanzlos sind.

Den vollen Wortlaut der Rede Thomas Strobels finden Sie im Plenarprotokoll der Sitzung vom 08.07. (<http://www.bundestag.de/dokumente/protokolle/plenarprotokolle/17055.pdf>). Sie können sich den Text aber auch schicken lassen. Anruf im Berliner Büro genügt.

DIESE WOCHE IM PLENUM:

Einigung in der Solarförderung

Der von Thomas Strobl geleitete Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat hat diese Woche einen Kompromiss zur umstrittenen Absenkung der Solarförderung erzielt:

Der Ausschuss schlug vor, die Vergütungssätze für Solarenergie zeitlich gestaffelt zu reduzieren und in der ersten Stufe die Absenkung um 3 Prozent geringer auszugestalten als ursprünglich vom Bundestag beschlossen. Bei der festgelegten Stichtagsregelung 30. Juni 2010 solle es hingegen bleiben.



Für Strom aus Hausdachanlagen sah der Kompromiss eine Reduzierung um 13 Prozent vor, für Freiflächenanlagen um 12 Prozent und für Anlagen auf Konversionsflächen um 8 Prozent. In einer zweiten Stufe sollen sich die staatlichen Zuschüsse für Strom aus Anlagen, die erst nach dem 30. September 2010 in Betrieb genommen werden, zusätzlich um jeweils 3 Prozent verkürzen.

Der Bundestag befand in seiner Plenarsitzung am Donnerstag über diese Beschlussempfehlung und nahm sie mit deutlicher Mehrheit an. Thomas Strobl: „Der gefundene Kompromiss ist aus meiner Sicht in Ordnung und darf als Regelung gewertet werden, mit der Regierung, Parlament, vor allem aber auch betroffene Bürgerinnen und Bürger durchaus gut leben können.“

WEITERE THEMEN DER WOCHE:

- Reform des Gesundheitssystems
- Neue Regeln auf dem Arzneimittelmarkt
- Mopedführerschein bereits mit 15 Jahren

Hintergrundinformationen dazu erhalten Sie auf Wunsch vom Berliner Büro Thomas Strobls unter 030 / 227 72542.

NEWS AUS DEM MITARBEITERTEAM:

Kurz vor dem Ende seiner Tätigkeit für Thomas Strobl besuchte der moldawische IPS-Stipendiat Denis Covalschi Heilbronn. Das Stipendiatenprogramm sieht einen solchen Wahlkreisbesuch vor, um den ausländischen Studenten die Möglichkeit zu Freitag, den 9. Juli 2010

geben, ihre Gastgeber nicht nur im hauptstädtischen Umfeld zu erleben, sondern auch bei der Abgeordnetenarbeit in der Heimat.

Herr Covalschi besuchte Ende Juni das Wahlkreisbüro und begleitete Thomas Strobl auf zahlreiche Termine in der Region. Zu den Höhepunkten zählte eine Besichtigung des AUDI-Forums in Neckarsulm, die den Auto-begeisterten Moldawier sehr beeindruckte,



und die Regionalkonferenz der CDU Baden-Württemberg mit Ministerpräsident Stefan Mappus.



Auch die Geselligkeit kam nicht zu kurz. So durfte etwa Herr Covalschi gemeinsam mit Thomas und Christine Strobl in deren Heilbronner Wohnung ein WM-Fußballspiel der deutschen Nationalmannschaft schauen, was umso interessanter war, als dieses Match - anders als das Halbfinale – von Jorgis Elf gewonnen wurde. Endgültig begeistert hat Herrn Covalschi aber die überraschende Tatsache,

dass Heilbronn mit seinen beschaulichen Weinbergen im Umland sehr stark an die Heimatregion des Moldawiers erinnert. Herr Covalschi fühlte sich in Heilbronn praktisch „zu Hause“ und in jedem Falle noch wohler als in Berlin. Seiner Ende Juli anstehenden Rückreise in die Heimat sieht er daher durchaus nicht nur mit einem lachenden, sondern auch mit einem weinenden Auge entgegen. „Heilbronn wird mir ewig in Erinnerung bleiben, und ich komme eines Tages bestimmt zurück“, sagte der junge Literaturwissenschaftler feierlich, der sich gut ins Strobl-Team eingefügt hat und allseits vermisst werden wird. Als Nächstes erwägt er übrigens, seinen Studienabschluss zu machen, um schnellstmöglich zu einem Zweitstudium nach Deutschland zurückkommen zu können: Fachgebiet dann: „Internationale Politik“!

PRESSEMITTEILUNGEN:



„Wenig hilfreich“:

Generalsekretär Thomas Strobl weist Rülkes Kritik zurück (Mitteilung vom 06.07.2010)

Die heutige Kritik des baden-württembergischen FDP-Fraktionsvorsitzenden Hans-Ulrich Rülke an Bundeskanzlerin Angela Merkel weist Thomas Strobl, Generalsekretär der CDU Baden-Württemberg, entschieden zurück: „Solche Aussagen sind jetzt wirklich nicht hilfreich.“ Rülke hatte wiederholt, zuletzt heute in einem SWR-Interview, der Bundeskanzlerin mangelnde Führung vorgeworfen und gesagt, dass – wenn die Berliner Koalition nicht Tritt fasse – „in der Frage der Führung dieser Koalition in der Tat das letzte Wort noch nicht gesprochen“ sei.

Diese ständigen Aggressionen gegen die Bundeskanzlerin helfen der CDU/CSU-FDP-Regierung in Berlin nicht und werden zunehmend zu einer Belastung für die CDU-FDP-Regierung in Stuttgart, so Strobl: „Herr Rülke will aber doch sicher nicht die

erfolgreiche Regierungsarbeit der CDU/FDP-Landesregierung unter Ministerpräsident Mappus gefährden.“ Es sei schlicht daneben, erklärt Generalsekretär Strobl, jetzt aus der FDP heraus eine Debatte über Angela Merkel anstoßen zu wollen: „Wir zetteln ja auch keine Personaldebatte über Guido Westerwelle an.“

Börnsen/Strobl:

Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung funktionsfähig

Anlässlich der Wahl der Mitglieder des Stiftungsrates der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung im Deutschen Bundestag erklären der Kultur- und medienpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Wolfgang Börnsen (Bönstrup) MdB und der zuständige Berichterstatter Thomas Strobl MdB:

(Mitteilung vom 08.07.2010)

Mit der Wahl der Stiftungsratsmitglieder der „Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ ist die Novellierung des Stiftungsgesetzes noch vor der parlamentarischen Sommerpause erfolgreich abgeschlossen. Die jetzt vorgenommene Neuerung, dass die Mitglieder des Stiftungsrates nicht mehr durch die Bundesregierung bestellt, sondern vom Deutschen Bundestag gewählt werden, erhöht die demokratische Legitimation des Stiftungsrates und objektiviert den Berufungsprozess.



(Kollege und guter Freund von Thomas Strobl: Wolfgang Börnsen, Wahlkreis Bönstrup)

Die Neuerungen sind rein organisatorischer Natur - die in dem mit großer parlamentarischer Mehrheit beschlossenen Stiftungsgesetz verankerten Zielsetzungen bleiben unverändert erhalten: Die Erinnerung und das Gedenken an Flucht und Vertreibung im 20. Jahrhundert im historischen Kontext des Zweiten Weltkrieges und der nationalsozialistischen Expansions- und Vernichtungspolitik und ihrer Folgen wachzuhalten, die junge Generation an das Thema heranzuführen und die aktuelle europäische Dimension dieser Thematik zu verdeutlichen. Zugleich soll sie zur gemeinsamen Aufarbeitung der Geschichte und zur Versöhnung beitragen, friedensstiftende Wirkung haben.

Die Stiftung ist somit voll handlungsfähig und wird sich unmittelbar auf die inhaltliche Arbeit konzentrieren.

Mit der Vergrößerung des Stiftungsrates und des Wissenschaftlichen Beraterkreises wird das politische und wissenschaftliche Spektrum noch breiter und internationaler abgebildet.

Für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion sind folgende Mitglieder im Stiftungsrat vertreten: Klaus Brähmig MdB mit Stellvertreterin Anita Schäfer MdB und Stephan Mayer MdB mit Stellvertreterin Maria Michalk MdB.

Zitat zum Schluss:



«Man muss anerkennen, dass die Spanier gestern einfach stärker waren. Wir haben

schlechter, aber nicht schlecht gespielt. Natürlich sind wir heute alle ein wenig traurig, aber unsere Nationalmannschaft kann, egal, wie das Spiel am Samstag ausgeht, erhobenen Hauptes von dieser WM in Südafrika zurückkehren.»

(Bundesinnen- und Sportminister Dr. Thomas de Maizière am Donnerstag in Berlin zum Abschneiden der deutschen Fußball-Nationalmannschaft bei der WM in Südafrika.)



(Betätigt sich auch selbst sportlich: Sportminister de Maizière, hier auf einem Hochrad im Deutschen Zweirad- und NSU-Museum Neckarsulm, das er 2009 besuchte. Archivbild)